

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1934**

32 (7.2.1934)

**Er scheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage  
**Bezugspreis:**  
Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger und unsere Aus-  
träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.25  
vierteljährlich 3.60 Pfd. Postanfertigung.  
Der Bezugspreis ist im Voraus  
zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Liefer-  
ung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 465  
Postfach-Konto:  
Karlstraße Nr. 6003

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt

Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 46 mm breite  
Millimeter-Zeile 5 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite  
Millimeter-Zeile 15 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Zerteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifmäßiger  
Rabatt, der bei Nichtzahlung  
innerhalb 8 Tagen nach Rech-  
nungsdatum oder bei gerichtlicher  
Betreibung erlischt.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen  
müssen am Tage vorher auf-  
gegeben werden.  
Bank-Konto:  
Bereitschaft Sinsheim  
e. S. m. b. S.  
Giro-Konto:  
Spar- u. Waisenkasse Sinsheim  
(öffentl. Sparkasse)

Nr. 32.

Mittwoch, den 7. Februar 1934.

95. Jahrgang

## Feuergeschehen vor der franz. Kammer.

Stundenlange Kämpfe mit der Polizei — Hunderte von Verletzten — Stürmische Kammerführung — Lärm bei der Regierungserklärung.

Trotzdem eine Mehrheit für Daladier.

Paris, 7. Februar. Die gestrige Kammerführung war bereits am frühen Dienstag morgen ihre Schatten voraus. Ganz Paris war in einer nervösen haltenden Spannung die sich denn auch bereits am Vormittag in Demonstrationen und Kundgebungen vor der Kammer und auf dem Nationalplatz Luft machte. Immer mehr schwellte die Menge an und erhöhte sich an der gegenseitigen Anwesenheit. Allmählich erfolgte

Angriff auf Angriffe gegen die Polizei.

Der Aufstand wurde aufgerissen. Gitter wurden aus den Türen gerissen, um als Wurfgeschosse Verwendung zu finden. Automobile wurden umgeworfen und angezündet.

Die Polizei reitet in kurzen Abständen Attade, um das verlorene Gelände wieder zurückzugewinnen. Langsam schiebt sich die Menge über die Brücke zum Kammergebäude hin, wo ihnen eine unüberwindlich scheinende Sperrreihe entgegensteht.

Immer enger wird die Lage

besonders, als um Spätnachmittag die Arbeiter und Angehörigen aus ihren Arbeitsstätten entlassen sind. Inzwischen beginnt die

stürmischste Kammerführung.

die Frankreich je erlebt hat. Der Lärm, mit dem die Sitzung eröffnet wurde, steht im parlamentarischen Leben Frankreichs einzig da.

In der Regierungserklärung

sagte Daladier, daß man aus dieser Stundatmosphäre herauskäme, wenn die Regierung volle Klarheit schaffe. Die Regierung hat in der öffentlichen Verwaltung eine gewisse lockere Auffassung gefunden und deswegen eingegriffen. Die nationale Aufgabe der Kammer sei, die Gesetze sowie den Haushalt so rasch als möglich zu verabschieden. Auf die

Außenpolitik

eingehend, sagte Daladier:

Gegenüber dem unruhigen und zwiespältigen Europa bestätigen wir uns neue den Friedens- und Sicherheitswillen Frankreichs, dessen gesamte Politik sich in folgende zwei Begriffe zusammenfassen läßt: Internationale Zusammenarbeit und nationale Verteidigung. Treue gegenüber dem Völkerbund und unseren erprobten Freundschaften. In dem Bewußtsein, daß Frankreich einen allzu einseitigen Beweis seines Friedensstrebens geliefert hat, als daß es etwas von dem klaren Urteil der Völker zu fürchten hätte, werden wir weder aus Blindheit noch aus Schwäche die Verantwortung dafür übernehmen, unser Land zusammen mit ganz Europa in neue Katastrophen zu stürzen.

Die Kammerführung wurde um 20.30 Uhr Franz. Zeit mit der Abstimmung über die Zurückstellung aller Interpellationen für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt

hatte, abgeschlossen. Ein dahingehender Antrag wurde mit 360 gegen 220 Stimmen angenommen.

Die Kammer vertagte sich auf Donnerstag vormittag.

Die Kammer nahm dann die von Ministerpräsident Daladier gestellte Vertrauensfrage wegen der Verzagung aller Anfragen, außer denen von Domange, Barnagatras, Franklin Bonibon und der Kommunistengruppe mit 288 gegen 196 Stimmen an.

Auf dem Konfordinenplatz steckten die Demonstranten am Abend einen Autobus in Brand. Die Fenster Scheiben wurden eingeschlagen und die Polizei als Wurfgeschosse gegen die Polizei verwendet. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. Mehrere Mitglieder der republikanischen Garde wurden mit schweren Kopfwunden, hervorgerufen durch Fieb- oder Stichwaffen, zu den Verbandsstellen gebracht. Auch mehrere Verletzte wurden verletzt.

Die berittene Garde ging mehrmals mit blander Waffe gegen die Menge vor. Auf dem Champs Elysee errichteten Demonstranten Barrikaden aus Kästen und Gittern. Sie benutzten mitgebrachte Werkzeuge, um den Aufstand aufzuschlagen. Die Untergrundbahnstationen Rathausplatz und Kammer wurden abgeperrt und die Züge fahren durch.

Die Polizei wurde auf der ganzen Linie zurückgedrängt. Etwa in der Mitte der Brücke machte sie eine letzte verzweifelte Anstrengung, den Demonstranten den Weg zur Kammer zu versperren. Sie sah sich dabei gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Kurz vor 20 Uhr arteten die Tumulte in ein wahres Feuergeschehen aus, wobei mehrere hundert Schüsse abgegeben wurden.

Abgeordnete und Fußgänger flüchteten hinter die großen eisernen Gitter des Kammergebäudes, die sofort geschlossen wurden. Viele Neugierige flüchteten in das Außenministerium. Die ganze Gegend um das Kammergebäude gleicht einem Schlachtfeld. Die Demonstranten gehen mit Messern, Steinen und Knäpeln auf die Polizei los.

Die Zahl der Verletzten ist besonders auf Seiten der Polizei sehr groß. Man spricht auch von Toten, obgleich dieses Gerücht noch nicht bestätigt wurde.

Obwohl die Kammerführung bereits abgeschlossen ist, können weder die Abgeordneten noch andere in der Kammer befindliche Personen das Gebäude verlassen; sie würden dabei ihr Leben aufs Spiel setzen.

Den Demonstranten gelang es, gegen 21 Uhr fast auf der ganzen Linie die polizeiliche Absperrungslinie zu sprengen und dicht an das Kammergebäude heranzukommen.

Die Polizei hat allein in der Nähe des Konfordinenplatzes bereits

über 60 Verwundete

zu beklagen. Aber auch auf der anderen Seite ist die Zahl der Verletzten sehr groß. Immer wieder werden neue Verwundete in das Kammergebäude und in die umliegenden Polizeistationen gebracht. Die Gerüchte, daß bei der Schierei mehrere Personen getötet worden seien, wollen nicht verhallen. Man spricht von 15 Toten.

## Gleichberechtigung durch Aufrüstung.

Simon vor dem Unterhaus.

London, 7. Febr. In seiner Unterhausrede stellte Sir Simon fest:

„Daß man sich Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung nicht widerlegen kann und darf, weil wenig Wahrscheinlichkeit auf Frieden in der Welt besteht wenn man versucht, ein großes Land und eine große Klasse unter eine minderwertige Jurisdiktion zu legen.“

Diese Frage, so fuhr der Redner fort, müsse in dem neuen Abkommen enthalten sein. Desgleichen könne keine Lösung gefunden werden auf einer Grundlage, daß alle Nationen in der ganzen Welt sofort alle Waffen aufgeben, die Deutschland unter dem Vertrag von Versailles vorenthalten seien. Wenn nicht bald Vereinbarungen zustande kämen und Großbritannien in einer Welt unbeschränkter Rüstungen leben müßte,

so werde Großbritannien seine Rüstungslage überprüfen müssen.

Simon kam dann auf die verschiedenen Standpunkte Deutschlands und Frankreichs zu sprechen und erklärte:

man müsse beide Seiten in Erwägung ziehen. Das englische Vorgehen sei nicht als idealer Plan unterbreitet worden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse, Ansprüche oder Verhältnisse anderer. Es entpinnete dem Geist des Realismus. Die Zeit arbeite gegen die Freunde der Abrüstung. Tapere Worte seien vielleicht anspornender, aber weniger nutzbringend. Der britische Plan sei ein Versuch, eine Grundlage für eine prompte Vereinbarung zu bieten.

Simon unterließ im weiteren Verlauf,

daß jedes neue Abkommen ein gewisses Wiederaufrüsten von Deutschland ins Auge fassen müsse,

aber die britische Regierung würde dem Widerstreben eine Regelung in Betracht ziehen, die Gleichberechtigung ohne irgendwelche Abrüstung in irgendeinem Teile der Welt vorlese. Großbritannien gehe keine neue Bindungen ein, werde jedoch kein Ausherktes tun, um alle Verpflichtungen getreu zu erfüllen, die es eingegangen ist. Es würde eine unentrichtbare Pflicht der Unterzeichner des Abkommens bestehen, in enge Fühlung zur treten und alles zu tun, um jede Verletzung eines so wichtigen Vertrages zu verhindern oder wieder auszumachen.

## Edens europäische Rundreise verschoben.

London, 7. Febr. Zur Sitzung des Abbrüstungsausschusses des Kabinetts lag der parlamentarische Korrespondent der „Times“: Das Kabinetts hatte den dringenden Wunsch, daß der Vordirektionsbeauftragte Eden bald abreisen sollte, um Paris, Berlin und Rom zu Besprechungen über die britische Denkschrift zu besuchen. Aber im Augenblick sind die Pläne noch in der Schwebe. Man sieht ein, daß die Schwierigkeiten der französischen Regierung und der Beschluß des österreichischen Kabinetts, sich an den Völkerbund zu wenden, eine neue Lage geschaffen haben. Es sei daher notwendig, daß Eden seine Abreise vorläufig aufschiebe.

Der Beschluß des österreichischen Kabinetts, den Völkerbund anzurufen, findet in der englischen Presse allgemeine Beachtung. Die meisten Blätter sind der Ansicht, daß Dr. Dollfuß und seine Kollegen nicht zögern und daß auf jeden Fall ein Schritt beim Völkerbund erfolgen werde. Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ schreibt, Frankreich sei zwar für eine Berufung Österreichs an den Völkerbund, aber weder Großbritannien noch Italien seien darüber besonders begeistert, Italien sogar grundsätzlich dagegen.

Die britische Regierung wüßte nicht, daß die Aufmerksamkeit von ihrem Abrüstungsplan abgelenkt werde. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ rechnet mit der Möglichkeit,

daß Dr. Dollfuß eine Zwischenpause wünsche, sei es um einen neuen Gedankenaustausch mit Paris, Rom und London zu beginnen, sei es für eine neue Besprechung mit dem in Budapest weilenden italienischen Unterstaatssekretär Savio.

Die Anrufung des Völkerbundes löst nach Ansicht des „Daily Telegraph“ auf ernste legale Schwierigkeiten, abgesehen davon, daß der Völkerbundrat sich vor jeder Handlung hüten, die als Eingriff in die innerpolitischen Angelegenheiten Österreichs ausgelegt und künftig von anderen Ländern als Berufungsfall für eine Völkerbundsintervention benutzt werden könnte. Es sei die Aufgabe des Völkerbundes, einen Mitgliedstaat gegen einen Angriff von außen her, nicht aber in einem Staat eine politische Partei oder Gruppe gegen eine andere zu unterstützen.

Im sozialistischen „Daily Herald“ wird gesagt, es sei denkbar,

daß Dr. Dollfuß erst diplomatische Schritte in London, Paris und Rom unternehmen werde, um herauszufinden, ob die Mächte einen Schritt beim Völkerbund wünschen.

Dies würde dem Gehmaß des Bundeskanzlers entsprechen, der nur trachte, die Verantwortung für einen Konflikt mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf jemand anderen abzuschieben. Dr. Dollfuß glaube,

daß eine Anrufung des Völkerbundes durch die österreichische Regierung als eine Handlung der Brisierlichkeit der deutschsprechenden Länder ausgelegt werden und den Nationalsozialisten in Österreich Material für Propaganda bieten könnte.

In Wien herrsche allgemein die Auffassung, daß Großbritannien und Italien der Berufung an den Völkerbund unzulässig gegenübersehen.

Auch die französischen Blätter sind von Dollfuß' Absicht nicht gerade entzückt. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ findet den Beschluß des österreichischen Kabinetts auf Anrufung des Völkerbundes „einfach lächerlich“. Schon seit Wochen drohe Österreich Deutschland und nun sei Dr. Dollfuß vom Kabinetts ermächtigt worden, den Weg zum Völkerbund zu beschreiten. Offensichtlich fürchte der Bundeskanzler, daß der Völkerbundrat vor aller Welt die Zerlegungserscheinungen in Österreich und die Ohnmacht des Bundeskanzlers ansprechen könnte.

## Politische Grotesken

Die Schwierigkeiten für die Regierung Dollfuß sind beinahe unüberwindlich. Darüber kann man sich kaum wundern, daß die Heimwehren oder Landmannschaftlicher Verbände nicht hinwegzudenken. Zwar hat sich die Meldung von der Verhaftung des Fürsten Starbemberg nicht bestätigt, es ist aber richtig, daß er einer Reihe von Verhören unterzogen worden ist. Es erscheint immer deutlicher, daß Starbemberg verhaftet, Wasser auf beiden Schultern zu tragen, übrigens andere Prominente auch noch. Die neueste Sensation betrifft den österreichischen Gesandten in Rom, Dr. Rintelen, der früher Landeshauptmann in Steiermark gewesen ist. Unter den in den letzten Tagen wegen nationalsozialistischer „Umtriebe“ Verhafteten befinden sich nämlich auch der Sohn und der Schwiegersohn Dr. Rintelens!

Dieser Groteske sei noch eine zweite beigelegt, die allerdings eine andere Angelegenheit betrifft. Die drei Bulgaren aus dem Reichstagsbrandprozess befinden sich bekanntlich jetzt in Berlin. Nun hat sich eine große ausländische Korporation mit einer Entschliessung an den Reichsjustizminister gewandt, in der die Freilassung der in Leipzig Freigesprochenen und die Gewährung freien Geleites bis an die Grenze verlangt wird. Und wer ist die Korporation? Der „Verein für Kaninchen- und Geflügelzucht Vorwärts“ in Basel! Wenn das nun nicht hilft?!

## Bundesstaatskommissare in Niederösterreich

Wien, 6. Febr. In elf Orten in Niederösterreich, darunter Mödling und Neunkirchen, wurden die aus Wahlen hervorgegangenen Sicherheitsorgane ihres Amtes enthoben und durch Bundesstaatskommissare ersetzt. In Mödling wurde der frühere Minister und großdeutsche Bürgermeister Dr. Schürff als Leiter des Sicherheitswesens durch den Bezirkshauptmann ersetzt.

## Die Carnegie-Stiftung zum deutsch-polnischen Abkommen

New York, 7. Febr. Anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens hat die Carnegie-Stiftung für den Internationalen Frieden durch ihren Vorsitzenden, Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität in New York, an den deutschen Botschafter in Washington, Dr. Luther, folgendes Schreiben gerichtet:

„Gestatten Sie mir, Ihnen die große Genugtuung zum Ausdruck zu bringen, mit der ich und meine Mitarbeiter von der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden von der Unterzeichnung eines zehnjährigen Vertrages zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens Kenntnis genommen haben, durch den sie wechselseitig auf den Krieg als ein Instrument ihrer nationalen Politik bei der Regelung etwaiger zwischen ihnen auftretender Streitfragen verzichteten. Freudig begrüßen wir diesen neuen Fortschrittsbeweis, der gerade zu einer Zeit kommt, wo in verschiedenen Ländern Widerstand gegen internationale Verständigung und internationale Zusammenarbeit herrscht, somit weiterer Aufbau der Rüstungen zu Wasser und zu Lande viel zu viel Unterstützung findet. Rüstungen, die sich in so klarer Weise nicht nur als größte Gefahr für den Weltfrieden, sondern auch für die Sicherheit der Nationen, die sie besitzen, erweisen haben. Lassen Sie uns hoffen, daß weise Einsicht und ruhiges Urteil die Oberhand behalten und daß die Führer der Weltzivilisation imstande sein werden, in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Grundlagen des internationalen Friedens zu festigen und die Wohlfahrt des Volkes jeder Nation zu fördern.“

## In wenigen Worten

Berlin: Der Generalinspektor der Reichsautobahnen erklärte Pressevertretern, daß im September ds. Js. in München der 7. Internationale Straßenbaukongress stattfinden. Im Zusammenhang mit diesem Kongress wird vom Juni bis September 1934 in München eine große Straßenausstellung veranstaltet werden, die alles zeigen wird, was mit Straße und Straßenbau zusammenhängt.

Innsbruck: Ueber die von der Tiroler Heimwehr gestellten Forderungen wird Bundeskanzler Dollfuß die Entscheidung treffen, nachdem am Freitag Vertreter der Tiroler Heimatwehr und der christlich-sozialen Organisation zu einer Aussprache nach Wien kommen werden.

Paris: Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Athen wollen die vier unterzeichnenden Mächte des Balkan-Paktes der italienischen Regierung die schriftliche Versicherung abgeben, daß der neue Balkan-Pakt nichts enthalte, was gegen Italien gerichtet sein könnte.

Schanghai: Aus chinesischer Quelle verlautet, daß 4000 chinesische Soldaten durch die australischen Truppen des Generals Suntieng niedergemetzelt sein sollen. Man befürchtet, daß die Aufständischen nunmehr die Stadt Pinglo in der Provinz Ninghsia (innere Mongolei) besetzen werden.

Budapest: Wie dem Ungarischen Korrespondenten aus Rom gemeldet wird, ist dort am Dienstagvormittag ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das die diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion wiederhergestellt werden.

Falsche Behauptungen

Miga, 7. Februar. Die „Sewodnja“ bringt einen Bericht über eine Tagung des Verbandes lettlandischer Jugend...

Vor einer Revolution in Spanien?

Madrid, 6. Febr. Die Führer der Sozialisten sehen in zahlreichen Kundgebungen im ganzen Lande ihre Hegearbeit gegen den bürgerlichen Staat fort.

Nur noch deutsche Staatsangehörigkeit

Berlin, 7. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die Länder durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches ihre Hoheit verloren haben, war eine Änderung des bisherigen Staatsangehörigkeitsrechtes geboten.

Der Führer spricht zu den Studenten

Berlin, 7. Februar. Anlässlich der Veröffentlichung der Verfassungen der Reichsenschaft der Studierenden der Deutschen Studentenschaft und der deutschen Fachschulenschaft wird Reichsminister Adolf Hitler heute mittag um 12 Uhr in der Philharmonie zu den Studenten sprechen.

Das Bekenntnis zu Hitler.

Kundgebung des Bundes Königin Luise. Koblenz, 5. Febr. Die Gau Deutsche Gk. Mosel und Rhein des Bundes Königin Luise veranstalteten in Koblenz eine große Kundgebung, in deren Mittelpunkt eine Ansprache der Bundesführerin Frau von Habeln stand.

PETER HAGEN:



Schon lange vorher war davon gesprochen worden. Der ganze Bezirk sollte an diesem gewaltigen Aufmarsch teilnehmen. Der Umzug sollte durch alle Hauptstraßen des roten Ostens gehen und die Stärke der kommunistischen Bewegung überzeugend kundtun.

Hilfer und ich möchte den Nationalsozialismus verstehen lernen. Dem reiche ich die Hand und sage: „Jawohl, du gehörst in unseren Bund.“

Gefandter Tausch kehrt nach Berlin zurück

Der Berliner österreichische Gefandte Tausch, der ursprünglich einen längeren Urlaub in seiner kärntner Heimat verbringen wollte, begibt sich im Hinblick auf die gefandpolitische Lage bereits am Dienstag abend auf seinen Berliner Posten zurück.

Verlängerung der Kündigungsfristen im Ruhrbergbau

Berlin, 7. Febr. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit hat nimmher seine erste größere Auswirkung gezeigt: Die Arbeitgeber der Bechen des Ruhrbergbaues haben, wie bereits gemeldet, eine Mitteilung erlassen, wonach die Kündigungsfristen für sämtliche Arbeitnehmer im Ruhrbergbau verlängert werden.

Dieser Mitteilung kommt ganz besonders große Bedeutung zu, da sie nicht allein für mehrere 100 000 Arbeiter gilt, sondern zudem den außerordentlichen sozialpolitischen Fortschritt anzeigt, den die Unternehmergruppe gemacht hat.

Staatskommissar für die Danziger Stadtbürgerchaft

Danzig, 7. Febr. Von zuständiger Danziger Seite wird mitgeteilt:

Da die Danziger Stadtbürgerchaft nicht aus Mitgliedern zusammengesetzt ist, die die Durchführung der zur Behebung der Not in der Stadt erforderlichen Maßnahmen gewährleisten, hat der Staat Danzig zur Behebung dieses politischen Notstandes den Stadtvorstandsvorsitzenden Pa. Eggert zum Staatskommissar für die Stadtbürgerchaft ernannt.

Der Staatskommissar hat die Aufgabe, anstelle der Stadtbürgerchaft die dieser obliegenden Beschlüsse zu fassen. Durch die Einsetzung des Staatskommissars wird ein schnelles und reibungsloses Arbeiten der Verwaltung der Stadt Danzig, frei von parlamentarischen Auswüchsen, im nationalsozialistischen Sinne, an dem es bisher häufig gekehrt hat, gewährleistet.

Verrat militärischer Geheimnisse

Stuttgart, 7. Febr. In nicht öffentlicher Sitzung des

Der zweite Abschnitt der Arbeitsschlacht.

In einer Pressebesprechung gab gestern Ministerpräsident Röhl den Auftakt zum Beginn des zweiten Abschnittes der großen Arbeitsschlacht. Es lag nahe, bevor Baden und das Reich in den zweiten Abschnitt eintritt, den ersten nochmals zu überblicken und ein Gesamtbild des bislang Erreichten zu geben.

Der Erfolg in der Arbeitslosenzahl

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Baden vom Höchststand Ende Februar 1933 mit 185 108 auf Ende November um nahezu 50 000 auf 135 524, also um 26,81 v. H. zurückgegangen, um bis Ende Dezember (Einflüsse der Witterung) wieder auf 143 410 anzusteigen.

Die einzelnen Maßnahmen

Mittelbar ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor allem auf steuerlichem Gebiet durch Reich und Land gefördert worden. Es seien besonders genannt:

- 1. Für die Landwirtschaft: Senkung der staatlichen Grundsteuer in Baden um 70 v. H. und der Umsatzsteuer um 50 v. H.
2. Für Handel und Gewerbe: a) Steuerermäßigung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer für Inhabensbesitzer und Ergänzung an Gebäuden durch Abhebung von 10 v. H. der Aufwendungsansätze an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Strafenatz des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde am 27. Januar 1934 der 30jährige frühere Reichswehrsoldat und Fremdenlegionär Karl Friedrich Wagner aus Ansbach wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und acht Monaten, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.

Die Schneekatastrophe in Oberitalien

Rom, 7. Februar. Zwei Rettungsmannschaften aus Casserino sind in dem durch eine Lawine so schwer betroffenen Dolomiten eingetroffen. Die Rettungsmannschaften haben sich durch den drei Meter hohen Schnee durchkämpfen müssen. Sie wurden vielfach durch Lawinen die elektrische Leitung auf drei Kilometer Länge zerstört.

Felssturz auf der Akropolis

Athen, 7. Februar. In der Nähe des Erechtheions ist von der Akropolis ein Felsstück abgestürzt, das etwa 15 Tonnen wiegt. Da man mit weiteren Felsstücken rechnet, sind besondere Schutzmaßnahmen getroffen worden.

Tankmotorschiff fliegt in die Luft

Hamburg, 7. Februar. Das holländische Tankmotorschiff „Stormvogel“, das sich auf der Fahrt von Amsterdam nach Stettin befand und Benzin an Bord hatte, ist am Montag, sieben bis acht Meilen westlich von Norderne, in die Luft geflogen. Die Beladung ist ums Leben gekommen.

von Hirschberg abgestürzt

Rom, 7. Februar. Der deutsche Sportflieger von Hirschberg, der seinerzeit an dem Dakenflug in Kairo teilgenommen hatte und auf dem Wege über Tunis heimkehren wollte, ist in der Nähe von Palermo abgestürzt, wobei seine Maschine restlos zu Bruch ging.

- d) Steuerfreiheit zur Erprobung von Maschinen, Geräten und ähnlichen Gegenständen des gewerblichen und landwirtschaftlichen Anlagekapitals.
e) Steuerfreiheit für neue Kraftfahrzeuge.
f) Steuerfreiheit für einmalige Zumdungen an Arbeitnehmer; Bedarfsdeckungsscheine.
3. Für den Hausbesitz: a) Außerordentliche Steuererleichterungen bei der Grundsteuer und der Gebäudesteuer des Landes und der Gemeinden für leerstehende oder nur geringer Ertrag bringende Gebäude.
b) Verlängerung der steuerfreien Zeit für den Neubaubestand.
c) Steuerermäßigung für Kleinwohnungen und Eigenhäuser, die neuerdings bezugsfertig werden.
4. Allgemeine Erleichterungen: a) Nachlass von Reichs-, Landes- und Gemeindesteuer rückständen sofern Beträge für Erprobungsleistungen und dergl. verwendet wurden.
b) Ermäßigung der Einkommensteuer bei Einstellung von Hausgehilfen.

Das Reinhardt-Programm

1. Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Wohngebäuden usw.

Revolution! Mit beiden Fäusten hielt er den Schaft und Klammern, stieß ihn mit angepannten Armmuskeln steil vor sich hoch. Das leichte, rote Tuch flatterte über seinem Kopf wie eine Flamme.

Er war in einem Kampf. Der Marschtritt der Kolonnen lag ihm im Ohr, und vor seinen Augen flammte es immer wieder rot. Rot, rot, ein sieghafter Taumel flatternder Fahnen. — Transparente schwebten über der Menge, schrien in krasser Schrift hämmernde Parolen heraus.

Die Menschen, die längs des Fahrdammes standen und dem Zuge zujubelten, sah Tonne gar nicht. Er marschierte wie in einem Traum. Hier war er Mitglied einer starken Kette, die Glend und Not zusammenge schmiedet hatte, hier war er Streiter in einem Heer, das kämpfen wollte bis zum Sieg — oder bis zum Tod. Und unsichtbar über den Kolonnen zog der Geist des Vaters mit.

Als Fahnenführer der Revolution trug Tonne seiner Gruppe das Sturmbanner voran. Er sang die Kampflieder mit lauter Stimme. Und marschierte. Mietskafnern bildeten Spalier. Steinkästen mit abgebrühtem Fuß, mit großen, häßlichen Narben in der Fassade. Ihre Fenster blickten wie halberblindete Augen auf den Heerwurm des Proletariats, der scheinbar ohne Ende sich durch die Straßen bewegte.

Einmal bog er in eine stillere Seitenstraße ein. Hier hatte die Sonne von rechts her einen großen Lichtbalken über die Dächer gelegt, der eine Wolke von Staub durchglitzerte. Es sah aus wie ein riesiger goldener Vorhang, der bereits halb zur Seite gezogen war und die Zukunft kaum noch verhüllte oder auch wie ein leichter Triumphbogen, durch den die Arbeiterdattillone zur Freiheit marschierten. Dieses Bild entzündete den Jungen so, daß er am liebsten laut aufgeschandt hätte.

Das gewaltige Erlebnis dieser Demonstration wirkte

in Tonne lang nach. Wochen hindurch lag ihm der Marschschritt noch in den Gliedern, Klang der stampfende Schritte der Kolonnen in seinen Ohren nach. Alle Zupersicht für den politischen Kampf schöpfte er aus dieser Demonstration. Er versuchte, seine Eindrücke niederzuschreiben, aber bald warf er den Bleistift beiseite, weil er sein Empfinden nicht in Worte fassen konnte. Da er den Wirbel der Ereignisse in der Brust behalten mußte, speicherte er Kraft auf, die ihn zu immer neuen Taten antrieb.

Bald war er der eifrigste in der Gruppe. Er gab Anregungen für Diskussionen, er fand Beschäftigungen für die Heimabende und organisierte abenteuerliche Nachfahrten. Ungebuld packte ihn, wenn er sah, daß die anderen seinem rasenden Tempo nicht folgen konnten oder auch nicht wollten. Immer wieder feuerte er an. Er trieb die Gruppe in eine erfolgreiche Werbeaktion und übernahm es dann selbst, die neu Gewonnenen mit den kommunistischen Ideen vertraut zu machen. Tonne war unermüdet. Wenn er tagsüber sein Dreirad durch die Straßen trat, träumte er schon vom Abend, an dem er wieder eine oder auch mehrere Verabredungen hatte.

Seine Augen betamen einen fanatischen Glanz; ein unerbittlich harter Wille sprach aus ihnen. Er war nicht bereit, von seiner Überzeugung auch nur einen Fehden preiszugeben. Er hatte die Fahne getragen; ihr heiliges Tuch hatte seinen Kopf gestreift und ihn geweiht. Nun war er ein „Soldat der Revolution“, wie Markgraf sagte. Auch auf die Barrikade würde er steigen, wenn es an der Zeit war. Lachend wollte er dann im Kugelregen stehen und lachend sterben — wie der Vater...

Ins Bett kam Tonne immer erst sehr spät. Am frühen Morgen aber schon rasselte der Wecker seinen tiefen Schlaf entzwei und trieb ihn unter die kalte Brause. Dann ging das Strampeln wieder los.

In der KJ. war auch Max Nieschke, genannt „Kuli“. Als Tonne die vier Treppen zu ihm hinaufgestiegen war und geklingelt hatte, öffnete ihm eine Frau. Obwohl die Wohnzimmerei gleich unter dem Dachboden lag, roch

Zuschüsse aus Reichsmitteln ein Fünftel der Gesamtsumme, Gesamtzuteilung des Reiches für Baden bis jetzt 18 Millionen RM. Damit wird eine Bauveranschlagung von rund 90 Millionen RM ausgelöst. Von den geförderten Arbeiten sind bis jetzt höchstens 30 Prozent endgültig abgerechnet und ausgeführt. Der Rest der Arbeiten ist zu Zeit im Gang.

2. Instandsetzung öffentlicher Gebäude von Staat und Gemeinden. Darlehensbeträge auf 5 Jahre. Betrag der Reichsförderung 4,7 Millionen RM. Ueber sämtlich Mittel ist bereits verfügt. Mit diesen Geldmitteln werden u. a. ausgeführt: Umbau und Wiederinstandsetzung des baufälligen historisch bedeutenden Schillertheaters in Mannheim, Umbau der Universitätsklinik Heidelberg Instandsetzung des Karlsruher Schlosses und der evang. Stadtkirche, sowie Instandsetzung zahlreicher Gebäude in Forstheim, Rastatt, Baden-Baden, Freiburg, Konstantz, Willingen usw. und einer Anzahl Landgemeinden. Die Geldmittel dienen in erster Linie für die Instandsetzung von Schulgebäuden und dergl.

3. Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas Wasser und Elektrizität, Reichscontingent: 3,2 Millionen RM. Hiermit werden u. a. ausgeführt: große Umbauarbeiten der elektrischen Anlagen für Universitätsklinik in Freiburg und Weidensberg, Instandsetzung des Elektrizitätsversorgungsnetzes des badischen Landes, verschiedene Großkanalarbeiten in Mannheim, Breiten, Lahr usw.

4. Tiefbauarbeiten. Contingent: 2,3 Millionen RM, dient in erster Linie für den Karlebad des Reiches, sodann für eine Arbeit in Mannheim und den Ausbau des Deichhafens in Karlsruhe.

5. Meliorationen. Reichscontingent: 3,6 Millionen RM. Hiermit werden hochbedeutende Arbeiten ausgeführt, die für die badische Wirtschaft von größtem Einfluß sein werden, da mit ihnen ganz erhebliches wertvolles landwirtschaftliches Gelände gewonnen wird. 78 000 Tagewerke, Krainachkorrektur (bei Wiesloch). Diese beiden Arbeiten zusammen umfassen ein Gelände von 5000 Hektar, das künftighin für die Bewirtschaftung gewonnen wird. Sodann sind noch folgende Großprojekte im Zuge dieses Programmes in Angriff genommen:

- Einrichtung der Friesenheimer Insel bei Mannheim, Verlegung des Niedanals bei Rastatt.
  - Rheinhochwasserwehr bei Neuburgweiler usw.
- Die Förderungen von Ziffer 2 bis 5 erfolgten durch die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin. Die Gesamtförderung betrug 1,7 Millionen Tagewerke mit einem Gesamtförderungsbeitrag von rund 13 Millionen RM. Ueber die Kontingente ist reiflos verfügt. Die Geldmittel sind aber bis jetzt nur mit etwa 30 Prozent in Anspruch genommen, d. h. der größte Teil der Arbeiten kann erst wieder nach Aufheben der Frostperiode in Angriff genommen werden. Mit hin steht noch ein reichliches Arbeitspensum bis zum 1. Juli 1934 zur Verfügung.

### Keine Reichszuschüsse für Umbauten gewerblicher und landwirtschaftlicher Gebäude

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die 50prozentigen Reichszuschüsse für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen mit dem Höchstbetrage von 1000 Mk. werden im Gegensatz zu den 50prozentigen Zuschüssen für Instandsetzungs- und Ergänzungsbauarbeiten an Gebäuden bekanntlich nur für die Schaffung von Wohnungen oder von Teilen einer Wohnung gegeben. Die Frage, ob diese Umbauszuschüsse auch für Bauarbeiten zur Erweiterung gewerblicher Gebäude insbesondere auch landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude gegeben werden sollen, haben die beteiligten Reichsressorts erneut und eingehend geprüft, jedoch verneint.

Nach Auffassung des Herrn Reichswirtschaftsministers ist die Kapazität der deutschen Wirtschaft im Ganzen gesehen immer noch nur zu einem Bruchteil ausgenutzt. Selbst bei einer sehr weitgehenden wirtschaftlichen Belebung kann ein Bedürfnis für die Erweiterung gewerblicher Betriebe kaum angenommen werden, so daß Fabrikvergrößerungen usw. sich nurmäßig häufig als Investitionsdarlehen darstellen. Der Herr Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß die Zuschüsse außerordentlich stark in Anspruch genommen worden sind und daß noch mit einem weiteren starken Eingang von Anträgen in der nächsten Zeit zu rechnen ist. Bei einer Ausdehnung der Zuschußgewährung auf Erweiterung gewerblicher Betriebe oder landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude würde zahlreiche anderen Anträgen nicht mehr entsprochen werden können. Die Ausdehnung auf landwirtschaftliche und gewerbliche Wirtschaftsgebäude würde dazu führen, daß in Erwartung eines Reichszuschusses Arbeiten unterlassen werden, die sonst ausgeführt werden eine Folge, die unbedingt vermieden werden muß.

Aus diesen Gründen halten die Reichsressorts daran fest, daß Zuschüsse zur Erweiterung gewerblicher Gebäude und landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude nicht gegeben werden. Der Minister des Innern hat die Bewilligungsbehörden demzufolge zur Beachtung dieser Gesichtspunkte bei der Verbeurteilung von Zuschußanträgen angewiesen.

### Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden im April bis Dezember

In den Monaten April bis einschließlich Dezember 1933 betragen die Einnahmen im ordentl. Haushalt 126 604 000 RM (Jahresoll 132 626 000 RM). Die Ausgaben 125 384 000 RM (Jahresoll 136 343 000 RM). Es ergibt sich somit für diesen Zeitraum eine Mehreinnahme von 1 220 000 RM. Im außerordentlichen Haushalt bezifferten sich die Einnahmen auf 3 478 000 RM (Jahresoll 3 565 000 RM). Darunter befinden sich Anleihen in Höhe von 2 847 000 RM (Jahresoll

es hier müßig wie in einem Kartoffelfelder. Ohne erst lange zu fragen, wer er sei, und was er wolle, ließ ihn die Frau einreten. Kulis Stubbe war schmal und überdies noch mit Betten und Körben vollgepfropft. Mindestens drei Personen schienen hier zu schlafen, denn außer zwei schmalen Bettstellen stand da auch noch ein zerstückeltes Sofa, das auch mit kariertem Bettzeug beladen war.

Tonne begrüßte Kuli und suchte in der drangvollen Enge nach einer Sitzgelegenheit. Einmal kam die Frau herein und schrie, Max solle sich zum Teufel scheren und ihr nicht den ganzen Tag auf der Pelle liegen; auch den anderen sollte er mitnehmen und ihr nicht die Bude vollqualmen.

Kuli grinste nur und zeigte der Frau einen Vogel. „Quatsch dich aus, wo du Lust hast,“ sagte er, „aber macher mich nicht an! Hier haste vorläufig nicht zu melden, hier biste nur jeduldet, und sonst nicht.“ Und zu Tonne gewendet, fuhr er im Weisheit der Frau fort: „Kümmer dich nicht drum, die is mit meinem Ollen noch jarnich verheirat, aber wohnen tutse nun schon überhalb Jahr bei uns!“ Als die Frau unter einem Schwalm müster Schimpfworte und heftigen Läurenkenlen wieder verschwunden war, hat Tonne seinen Kameraden, lieber mit hinunterzukommen, damit er nicht seinetwegen Verger habe. Kuli fand das zwar übertrieben rücksichtsvoll, ging aber trotzdem mit.

2 454 000 RM). Es ist also an Mehreinnahmen der Betrag von 811 000 RM zu verzeichnen. Die Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungswesen, die außerhalb der Hauptstaatsrechnung verrechnet werden sind in diesem Ausweis nicht enthalten. Das Jahresoll beträgt in Einnahme und Ausgabe 8 495 000 RM für April-Dezember betragen die Einnahmen 10 560 622 RM, die Ausgaben 10 672 488 RM, somit ergibt sich eine Mehrausgabe von 111 865 RM.

### Urteile des Badischen Sondergerichts

Mannheim, 7. Februar. Nicht ohne Humor war die Anklage gegen den 39jährigen Schlossschmied Otto Probst aus Stauchbach, wohnhaft in Sandhofen. Er rückte plötzlich von hier aus und schrieb seiner Frau aus dem Saarland einen Brief, in dem es u. a. hieß: „Dab du mich an die Hitlerpartei auslieferst, willst, das ist dir nicht gelungen. Auch meine Genossen hast du verraten. Glaube mir, der Kommunismus kommt über Deutschland. Du lebst in einem Jahr nicht mehr, deine Henker sind dir ganz nahe.“ Um seiner Frau Angst zu machen, schickte er ihr in einem anderen Brief seine Todesanzeige. Sechs Monate später war der Angeklagte wieder in Sandhofen, wo er ein Zimmer getrennt von seiner Frau bezog. Der erwähnte Brief war auf der Post beschlagnahmt worden. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Die weiteren Anklagen drehen sich um politische Redereien der Kommunisten auf der Bierbank oder an sonstigen Gelegenheiten, in denen sie überheblich von dem nahen Zusammenbruch des Dritten Reiches prophezeiten. Der Gastwirt Binder vom „Tannhäuser“ in Bruchthal sprach von drei Wänden, in denen man das Dritte Reich weglegen könnte. Das Gericht erkannte auf 14 Monate Gefängnis. Die gleichen kindischen Redereien brachten dem Angeklagten Georg Barth von Stuttgart 10 Monate Gefängnis ein. Der Mechaniker Engelbert Klein aus Freiburg renommierte ebenfalls mit den kommunistischen Fatsen der Kommunisten. Das Gericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis.

### Frostmilderung auch im Schwarzwald

Innerhalb der letzten 24 Stunden hat die Kälte im Gebirge nachgelassen. Die Dienstag-Frühstemperaturen lagen im allgemeinen zwischen - 3 und - 5 Grad Kälte, nur in einigen engen Berggütern des Südschwarzwaldes überstieg die Kälte noch die - 10-Grad-Grenze. Das Wetter ist durchweg hell, sonnig und leicht geblieben. Anzeichen eines Witterungsumschlages werden erkennlich. Vom Südschwarzwald aus dehnt sich die Schneedecke pulvorig geblieben, mit Ausnahme der frei gelegenen Hochflächen und Bergmassive, wo härtere Verhältnisse und frostfreie Vereisungen auftreten. Allgemein wird die Eki- u. Eisbahn im Schwarzwald als unmerkend ausgedehnt gemeldet.

Die Wasserfälle sind im Gebirge aufs neue vereist. Die Geroldsauer, Gertelbader und Allerheiligen-Wasserfälle sind mit tauenden von Eiszapfen befangen, die wie Orgelröhren in wechselnder Größe aneinanderkleben. Unter den dicken Eiskrusten eingeschloßen Feisfindlingen arguell kaum mehr hörbar das Wasser. Das Schweigen der Eisfäden geschlungenen Wasserfälle hinterläßt einen seltsamen Eindruck.

Im oberen Teil der Murg und am Schwarzenbach haben sich wieder Eisblöcke von beachtlichen Ausmaßen gekauft. Die kleineren Schwarzwaldseen tragen Eisdecken bis zu 30 Zentimeter Stärke.

### Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 7. Februar.

\* Winterhilfswerk. Das Ergebnis der Zwillingsspenden-Sammlung in den hiesigen Geschäften war RM. 73,87.

2. Kriegsfreiwilligenfahrt nach Frankreich. Die Leitzgemeinschaft „Wir Kriegsfreiwilligen von 1914-15“ in Berlin W 50, läßt zu Pfingsten durch das Mitteleuropäische Reisebüro eine neuntägige Reise zu den Kampfplätzen in Frankreich veranstalten. Der Gesamtpreis der Fahrt einschließlich Fahrt, Verpflegung und Uebernachtung wird 110 Mark betragen. Es ist folgendes Programm vorgesehen: 1. Tag: Sonnabend früh Sammeln in Ridesheim am Rhein. Kurze Feiertage am Niederrwaldenkaal. Dann in Marbachlone Fußmarsch am Rhein, wahlweise bis St. Goar. Uebernachten in Wasserquartieren. 2. Tag: Sonntag. Abfahrt auf Rheindampfern bis Koblenz. In Koblenz umsteigen auf die Noheldampfer. Fahrt auf der Nohel bis Cochem. In Cochem Abjehsfeier von den Kameraden, die in Deutschland bleiben. 3. Tag: Montag. Fahrt nach Verdun. Abends Besichtigung der Stadt. 4. Tag: Dienstag. Besichtigung der Kampfplätzen, u. a. Fort Vaux, Höhe von Souville, Ruinen von Fleury, Fort Douaumont mit dem „Fanchon des Baionettes“. 5. Tag: Mittwoch. Fahrt über die Schlachtfelder der Argonnen und der Champagne nach Reims. Besichtigung der Stadt. 6. Tag: Donnerstag. Weiterfahrt über Hölle 108, Hindenburglinie nach Paris. Besichtigung von Paris in den eigenen Automobilen, denen Reiseführer beigegeben werden. 7. Tag: Freitag. Fahrt über Peronne, Albert nach Arras. Besichtigung der Friedhöfe auf der Loreto-Höhe. 8. Tag: Sonnabend. Fahrt über Lens, Bethune, Kemmelberg, Ypern nach Langemark. Von Langemark aus Ausflug nach Ypern und die Nordsee. 9. Tag: Sonntag. Rückreise über Brüssel, Lüttich, Aachen nach Köln, wo der Zug aufgelöst wird. Unverbindliche Auskünfte erteilt gerne Kriegsfreiwilliger Otto Hechel, Hauptlehrer, Rohrbach b. S.

\* Studien- und Urlaubsreisen der Schüler-Akademie. Die Schüler-Akademie veranstaltet im Verlauf ihrer kulturellen Bestrebungen eine größere Anzahl von allgemein zugänglichen Studienreisen und Ferienfahrten mit günstig gewählten Ausgangspunkten und unter bester wissenschaftlicher Leitung. Besonders seien erwähnt ein Besuch der deutschen Ostmark mit Danzig, der Marienburg, Königsberg, Insterburg und Tannenber, Fahrten durch das schöne Mitteldeutschland und durch Bayern, mehrere Frühjahrsreisen nach Italien, Ferienfahrten nach England, nach Dalmatien, nach Spanien, und eine sehr schöne Reise nach Griechenland und der Türkei unter vorzüglicher kunsthistorischer Führung. Ausführliche Auskünfte zu diesen allseits unterstützten und seit Jahren bestens bewährten Veranstaltungen erteilt gegen Briefporto die Verwaltung der Schüler-Akademie, München 51.

\* Photogramme verhindert Fehlbildungen. Einer der dringendsten Wünsche der Fachphotographen, wie auch der Amateur wird jetzt endlich in Erfüllung gehen: Der unerfreuliche Streik um die Scheiner-Grade wird aufgehoben. Wir stehen nämlich, wie das B.D.S.-Büro meldet, unmittelbar vor der Einführung eines neuen, einheitlichen Verfahrens für die Prüfung und Kennzeichnung der Empfindlichkeit von Platten und Filmen. Dabei sollen die Scheiner-Grade, die übrigens ursprünglich nur als Grundlage für astronomische Aufnahmen bestimmt waren, durch die den bildmäßigen Aufnahmeverhältnissen besser gerecht werdenden Din-Grade ersetzt werden. Die Weltgeltung der deutschen Photoindustrie dürfte dadurch noch erheblich gestärkt werden.

\* Wieder besserer Empfang des Südwettfunks. Wie der Südwettfunk mittelst ist es den Bemühungen der Reichspost nunmehr gelungen, die meisten Störungen im Empfang des Gleichwellenetzes des Südwettfunks zu beseitigen. In zwei bis drei Tagen dürfte sich in allen Teilen des Sendebereiches der Empfang merklich verbessert haben. Bis zum endgültigen und völlig reibungslosen Einlaufen des Gleichwellenetzes des Südwettfunks (also der Sender Frankfurt, Kassel, Trier, Kaiserslautern und Freiburg auf Welle 251) dürfte natürlich noch einige Zeit vergehen. Der Südwettfunk dankt der Hörerschaft für die starke Unterstützung, die er durch die vielen Tausende von Zuschriften erhalten hat. Er bittet die Hörer, ihre neuerlichen Beobachtungen bezüglich des Empfanges des Südwettfunks mitzuteilen. (Südwettfunk, Frankfurt a. M., Eichersheimer Landstraße).

Die Zuschüsse aus Reichsmitteln ein Fünftel der Gesamtsumme, Gesamtzuteilung des Reiches für Baden bis jetzt 18 Millionen RM. Damit wird eine Bauveranschlagung von rund 90 Millionen RM ausgelöst. Von den geförderten Arbeiten sind bis jetzt höchstens 30 Prozent endgültig abgerechnet und ausgeführt. Der Rest der Arbeiten ist zu Zeit im Gang.

2. Instandsetzung öffentlicher Gebäude von Staat und Gemeinden. Darlehensbeträge auf 5 Jahre. Betrag der Reichsförderung 4,7 Millionen RM. Ueber sämtlich Mittel ist bereits verfügt. Mit diesen Geldmitteln werden u. a. ausgeführt: Umbau und Wiederinstandsetzung des baufälligen historisch bedeutenden Schillertheaters in Mannheim, Umbau der Universitätsklinik Heidelberg Instandsetzung des Karlsruher Schlosses und der evang. Stadtkirche, sowie Instandsetzung zahlreicher Gebäude in Forstheim, Rastatt, Baden-Baden, Freiburg, Konstantz, Willingen usw. und einer Anzahl Landgemeinden. Die Geldmittel dienen in erster Linie für die Instandsetzung von Schulgebäuden und dergl.

3. Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas Wasser und Elektrizität, Reichscontingent: 3,2 Millionen RM. Hiermit werden u. a. ausgeführt: große Umbauarbeiten der elektrischen Anlagen für Universitätsklinik in Freiburg und Weidensberg, Instandsetzung des Elektrizitätsversorgungsnetzes des badischen Landes, verschiedene Großkanalarbeiten in Mannheim, Breiten, Lahr usw.

4. Tiefbauarbeiten. Contingent: 2,3 Millionen RM, dient in erster Linie für den Karlebad des Reiches, sodann für eine Arbeit in Mannheim und den Ausbau des Deichhafens in Karlsruhe.

5. Meliorationen. Reichscontingent: 3,6 Millionen RM. Hiermit werden hochbedeutende Arbeiten ausgeführt, die für die badische Wirtschaft von größtem Einfluß sein werden, da mit ihnen ganz erhebliches wertvolles landwirtschaftliches Gelände gewonnen wird. 78 000 Tagewerke, Krainachkorrektur (bei Wiesloch). Diese beiden Arbeiten zusammen umfassen ein Gelände von 5000 Hektar, das künftighin für die Bewirtschaftung gewonnen wird. Sodann sind noch folgende Großprojekte im Zuge dieses Programmes in Angriff genommen:

- Einrichtung der Friesenheimer Insel bei Mannheim, Verlegung des Niedanals bei Rastatt.
- Rheinhochwasserwehr bei Neuburgweiler usw.

Die Förderungen von Ziffer 2 bis 5 erfolgten durch die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin. Die Gesamtförderung betrug 1,7 Millionen Tagewerke mit einem Gesamtförderungsbeitrag von rund 13 Millionen RM. Ueber die Kontingente ist reiflos verfügt. Die Geldmittel sind aber bis jetzt nur mit etwa 30 Prozent in Anspruch genommen, d. h. der größte Teil der Arbeiten kann erst wieder nach Aufheben der Frostperiode in Angriff genommen werden. Mit hin steht noch ein reichliches Arbeitspensum bis zum 1. Juli 1934 zur Verfügung.

### Keine Reichszuschüsse für Umbauten gewerblicher und landwirtschaftlicher Gebäude

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die 50prozentigen Reichszuschüsse für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen mit dem Höchstbetrage von 1000 Mk. werden im Gegensatz zu den 50prozentigen Zuschüssen für Instandsetzungs- und Ergänzungsbauarbeiten an Gebäuden bekanntlich nur für die Schaffung von Wohnungen oder von Teilen einer Wohnung gegeben. Die Frage, ob diese Umbauszuschüsse auch für Bauarbeiten zur Erweiterung gewerblicher Gebäude insbesondere auch landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude gegeben werden sollen, haben die beteiligten Reichsressorts erneut und eingehend geprüft, jedoch verneint.

Nach Auffassung des Herrn Reichswirtschaftsministers ist die Kapazität der deutschen Wirtschaft im Ganzen gesehen immer noch nur zu einem Bruchteil ausgenutzt. Selbst bei einer sehr weitgehenden wirtschaftlichen Belebung kann ein Bedürfnis für die Erweiterung gewerblicher Betriebe kaum angenommen werden, so daß Fabrikvergrößerungen usw. sich nurmäßig häufig als Investitionsdarlehen darstellen. Der Herr Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß die Zuschüsse außerordentlich stark in Anspruch genommen worden sind und daß noch mit einem weiteren starken Eingang von Anträgen in der nächsten Zeit zu rechnen ist. Bei einer Ausdehnung der Zuschußgewährung auf Erweiterung gewerblicher Betriebe oder landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude würde zahlreiche anderen Anträgen nicht mehr entsprochen werden können. Die Ausdehnung auf landwirtschaftliche und gewerbliche Wirtschaftsgebäude würde dazu führen, daß in Erwartung eines Reichszuschusses Arbeiten unterlassen werden, die sonst ausgeführt werden eine Folge, die unbedingt vermieden werden muß.

Aus diesen Gründen halten die Reichsressorts daran fest, daß Zuschüsse zur Erweiterung gewerblicher Gebäude und landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude nicht gegeben werden. Der Minister des Innern hat die Bewilligungsbehörden demzufolge zur Beachtung dieser Gesichtspunkte bei der Verbeurteilung von Zuschußanträgen angewiesen.

### Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden im April bis Dezember

In den Monaten April bis einschließlich Dezember 1933 betragen die Einnahmen im ordentl. Haushalt 126 604 000 RM (Jahresoll 132 626 000 RM). Die Ausgaben 125 384 000 RM (Jahresoll 136 343 000 RM). Es ergibt sich somit für diesen Zeitraum eine Mehreinnahme von 1 220 000 RM. Im außerordentlichen Haushalt bezifferten sich die Einnahmen auf 3 478 000 RM (Jahresoll 3 565 000 RM). Darunter befinden sich Anleihen in Höhe von 2 847 000 RM (Jahresoll

es hier müßig wie in einem Kartoffelfelder. Ohne erst lange zu fragen, wer er sei, und was er wolle, ließ ihn die Frau einreten. Kulis Stubbe war schmal und überdies noch mit Betten und Körben vollgepfropft. Mindestens drei Personen schienen hier zu schlafen, denn außer zwei schmalen Bettstellen stand da auch noch ein zerstückeltes Sofa, das auch mit kariertem Bettzeug beladen war.

Tonne begrüßte Kuli und suchte in der drangvollen Enge nach einer Sitzgelegenheit. Einmal kam die Frau herein und schrie, Max solle sich zum Teufel scheren und ihr nicht den ganzen Tag auf der Pelle liegen; auch den anderen sollte er mitnehmen und ihr nicht die Bude vollqualmen.

Kuli grinste nur und zeigte der Frau einen Vogel. „Quatsch dich aus, wo du Lust hast,“ sagte er, „aber macher mich nicht an! Hier haste vorläufig nicht zu melden, hier biste nur jeduldet, und sonst nicht.“ Und zu Tonne gewendet, fuhr er im Weisheit der Frau fort: „Kümmer dich nicht drum, die is mit meinem Ollen noch jarnich verheirat, aber wohnen tutse nun schon überhalb Jahr bei uns!“ Als die Frau unter einem Schwalm müster Schimpfworte und heftigen Läurenkenlen wieder verschwunden war, hat Tonne seinen Kameraden, lieber mit hinunterzukommen, damit er nicht seinetwegen Verger habe. Kuli fand das zwar übertrieben rücksichtsvoll, ging aber trotzdem mit.

